

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen und Thüringen.

1908. Nr. 462. Jahrgang 201.

Zweite Ausgabe

Donnerstag, 1. Oktober 1908.

Geschäftsstelle in Berlin: Defensionstraße 14. Telefon Amt VI Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Ziefle in Halle a. S.

### Die Mainlinie.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Nürnberg wurde erbittert und in der bekannten brüderlichen Tonart um die Budgetfrage gekämpft, tatsächlich waren es aber Stammesgefühle, welche in der internationalen Partei zum Austrag kamen. Die süddeutschen Genossen trugen das lebhafte Verlangen, den norddeutschen Brüdern ebenfalls ein solches Verlangen, um ihrer Werbetätigkeit eine breitere Grundlage zu verschaffen, denn man weiß jüdisch des Main: wer am besten auf Preußen schimpfen kann, ist König. Die Zentrumsparthei befolgt seit langer Zeit den Grundgedanken, die Kluft zwischen Nord und Süd nach Kräften zu vertiefen, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß sie dabei gut fährt. Wer die eigentümliche Stimmung und Denkfähigkeit der süddeutschen Demokratie, in erster Linie der Zentrumsdemokratie, kennen lernen will, dem sei die Festschrift der überaus zahlreichen Zentrumsblätter empfohlen, die den Kampf gegen Preußen auf ihre Fahne geschrieben haben. Sonach erscheint es auch nicht gerade auffällig, daß der Bayerische Landtags- und Reichstagsabgeordnete Dr. v. Heim neuerdings Mitarbeiter des berühmten westfälischen „Watersland“, welches in „Preußenreferat“ den Erfolg schlägt, geworden ist. Mehr oder weniger hat die erfolgreiche Zentrums-Methode auch auf andere Parteien abgefärbt. In den „Süddeutschen Monatsheften“ läßt sich jetzt der Führer der süddeutschen Volkspartei und Präsident der württembergischen Abgeordnetenkammer v. Bayer hören, um Preußen die Reviden zu lesen. Er gelangt zu der Überzeugung, daß es für Süddeutschland besser wäre, wenn es nicht alles Geld vom Norden her erwartete, sondern versuchen würde, „im gegebenen Rahmen und unserer bescheidenen Kraft entsprechend das eigene Wesen und die eigene Welt neu mehr als bisher durchzugestalten“. Sodann heißt es wörtlich:

Die Rückständigkeit Preußens in der inneren Politik muß in den süddeutschen Staaten, die der Reihe nach unter schweren Kämpfen das unvermeidliche allgemeine Wahlrecht durchgesetzt haben, die Aufmerksamkeit natürlich sehr anziehen, und auch das preussische Volk ist nicht ganz unerschrocken, wenn seine langjährige Politik gegenüber dem Reichstag in der Süddeutschland den Glauben an seine Überlegenheit etwas wankend gemacht hat.

Man merkt jetzt, wohin die Fahrt gehen soll. Der Schwabe Herr v. Bayer säumt Preußen, weil es sich nicht dazu entschließen will, das demokratische allgemeine Wahlrecht einzuführen. Württemberg wies nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1906 insgesamt 2 302 179 Einwohner auf, das Königreich Preußen gleichzeitig 37 293 324, also etwa eine 18fach größere Ziffer. Man darf wohl fragen: Was berechtigt den süddeutschen Demokraten, seine kleinstaatlichen Ideen der Großmacht Preußen aufzulegen zu wollen? Vor allen Dingen sollte er doch erst Land und Leute studieren, bevor er sich in rein inneren preussischen Angelegenheiten einmischen zu betreten die Angelegenheiten des Volkes, so hätten ihn doch die letzten Landtagswahlen eines besseren belehren müssen. Wir sind glücklicherweise noch nicht so tief gekommen, daß wir in der demokratischen Gleichmacherei das Ziel Preußens erblicken. Die intelligenten Kreise unserer Bevölkerung können ein erhöhtes Wahlrecht beantragen, weil sie höhere Leistungen für den Staat aufzuweisen haben. In diesem Grundbedingung darf nicht gerüttelt werden, auch wenn hundert süddeutsche Demokraten vom Schlage des Herrn v. Bayer predigen, Preußen sei in der inneren Politik rückständig. Zunächst sollten doch die süddeutschen Staaten, welche unter schweren Kämpfen (so gegen die Vertreter von Welt und Bildung) „das unvermeidliche allgemeine Wahlrecht durchgesetzt“ haben, einmal abwarten, wie sich diese Institution bewährt und ob sie nicht nach dem Beispiel der Konfessionen später wieder gewungen werden, dieselbe preisgeben. Unter schweren Kämpfen haben Hamburg und Bremen ihr demokratisches Wahlrecht beibehalten, weil sie die wichtigsten Staatsinteressen dadurch stark gefährdet sahen. In den süddeutschen Staaten waren unter dem Klassenwahlrecht durchaus keine höheren Interessen gefährdet, man befestigte daselbst, weil beim Wettlaufen um die Gunst des großen Staates möglichst keine Partei hinter der anderen zurückbleiben wollte.

Und nun möchten wir Herrn v. Bayer einmal die Frage vorlegen: Worin besteht denn Preußens Rückständigkeit, d. h. das Zurückbleiben hinter den süddeutschen Staaten? Ist die kulturelle Pflege von Handel, Industrie und Landwirtschaft zurückgeblieben? Werden die preussischen Beamten schlechter bezahlt als ihre süddeutschen Kollegen? Sind die gesamten Erziehungsbedingungen in Preußen unangünstiger als etwa in Bayern, Württemberg und Baden? Jede dieser Kardinalfragen muß ehrlicherweise mit einem glatten „Nein“ beantwortet werden. Nicht selten haben wir es erlebt, daß die süddeutschen Beamtengruppen auf die preussischen Beamtenstellen bewarben, wenn sie um Gehaltszulagen petitionierten. Herr v. Bayer hat also zweifellos mit seinem Vorwurf der Rückständigkeit lediglich das Wahlrecht im Auge ohne Rücksicht auf materielle, wirtschaftliche Interessen. Wir vermerken hierzu die fürzlich gefallene drastische Meinerung eines ehrlichen Handwerksmeisters: „Dem Wahlrecht kann man nicht leben!“

Schließlich gibt der genannte Parlamentarier seiner Bestimmung über ein „Lebermas preussischer Vorbererschaft“ Ausdruck. Er verlangt eine stärkere Berücksichtigung süddeutscher Verhältnisse und süddeutschen Lebens und erklärt:

„Es ist schädlich und führt zu Kämpfen, wie zurzeit innerhalb der Sozialdemokratie (Nürnberg), wenn man glaubt, die Süddeutschen unter die norddeutsche Schablone zwingen zu können. Bevor mundung jeder Art ist bei uns zu Lande nicht bloß den Sozialdemokraten verkehrt.“

Man wird begreiflich darüber nachdenken, um konkrete Fälle zur Begründung solcher Behauptungen ansündig zu machen. Ein Lebermas preussischer Vorbererschaft? Bevor mundung? Dafür wird nicht der Schatten eines Beweises erbracht. Die Weichselbahn-Interesseneinigkeit, die wesentlich den süddeutschen Staaten zugute gekommen wäre, ist gescheitert trotz weiten Entgegenkommens von seiten Preußens. Nirgends hat sich Preußen in die Landesgesetzgebung der süddeutschen Staaten eingemischt. In den Reichstagen sind Vertreter aller Bundesstaaten vertreten. Alle Verträge, die das Reich betreffen, sind förmlich gewissenhaft beobachtet worden. Befragt es Herr v. Bayer, daß an der Spitze der Reichstämter zurzeit durchgehends Preußen stehen? Dazu läge nicht die mindeste Veranlassung vor, denn man muß doch immer berücksichtigen, daß Preußen etwa 8 Millionen mehr Einwohner zählt als alle übrigen deutschen Bundesstaaten zusammen. Offenlich wird Herr v. Bayer im Reichstags-Veranstaltung nehmen, seine schweren Vorwürfe gegen Preußen zu begründen, ja er ist hierzu sogar moralisch verpflichtet, da er sich ausdrücklich zu der Ansicht bekant: „Das deutsche Einheitsgefühl ist so hart, daß es lieber noch den Einheitsstaat auf sich nähme, als einen bleibenden Schnitt zwischen Nord- und Süddeutschland.“ Wenn er dabei zugleich aus seine Schärmen über das preussische Dreiklassenwahlrecht auslassen will, so bleibt ihm das unbenommen, nur möge er in der Bewertung des voranschreitenden Erfolges ja recht vorsichtig sein.

### Gegen die Besetzung der Orientbahnen.

Der Berliner „Agence Havas“ zufolge erhob Frankreich ebenso wie die anderen Mächte in Sofia gegen die Besetzung der Orientbahnen Einspruch.

Eine Communication der Betriebsgesellschaft der orientalischen Eisenbahnen besagt: Es wird uns mitgeteilt, die bulgarische Regierung habe dem deutschen Vertreter in Sofia die Erklärung abgegeben, daß der bulgarische Bautechniker in Wien wegen Abklärung ihres ostromelischen Reges verhandelt. Die Betriebsgesellschaft der orientalischen Eisenbahnen erklärt hiermit, daß zwischen ihr und der bulgarischen Regierung keinerlei Verhandlungen über die oben erwähnte Materie hier stattgefunden haben. Im Jahre 1898 ist zwar zwischen der Betriebsgesellschaft und der bulgarischen Regierung ein Vertrag über Abtretung des Betriebsrechtes abgeschlossen worden, jedoch unter dem ausdrücklichen Vorbehalte der Zustimmung der türkischen Regierung als Eigentümerin. Dieser Vertrag ist aber infolge Ausbleibens der türkischen Zustimmung hinfällig geworden. Seitdem haben seine Verhandlungen irgend welcher Art über Abklärung ihres ostromelischen Reges zwischen Bulgarien und der Betriebsgesellschaft stattgefunden. Eine später aus Sofia einlaufende Nachricht besagt, daß der bulgarische Ministerrat am Mittwoch die Beratungen über die beiden Streitfragen mit der Türkei fortsetze. Ueber die Orientbahnfrage wurde ein ausführliches Memorandum ausgearbeitet, welches den Ursprung der Beschlagnahme der Orientbahn darlegt und letztere durch die Staatskrone zu erklären sucht. Danach ist die bulgarische Regierung entschlossen, die Orientbahn keinesfalls zurückzugeben. Der Finanzminister soll mit der Einleitung von Verhandlungen mit der Orientbahn-Gesellschaft beauftragt und das Memorandum sollte nach am gestrigen Mittwoch allen Vertretern der Signatarmächte des Berliner Vertrages überreicht werden und derart zugleich eine Antwort auf die türkischen, österreichisch-ungarischen und deutschen Proteste bilden.

### Deutsches Reich.

\* Die Auffstellung der Bismarckstätte in der Wallhalla. Die Korrespondenz Goffmann schreibt: Ueber die festerliche Aufstellung der von dem Bildhauer Professor Ernst Kurz hergestellten Bismarckstätte in der Wallhalla ist von dem Prinzregenten die Bekämpfung getroffen worden, daß die Enthüllungsfest am 18. Oktober (wie wir gestern schon anfündigten) den Besondere der Väterstadt bei Leipzig, in einfacher, würdevoller Weise stattfinden wird, wie dies der Tradition bei der Aufstellung von Helden in der Wallhalla entspricht. Mit der Verehrung des Prinzregenten sei der Feiertag der Väterstadt im Ministerial-Schauspiel Festher v. Rodewisch beauftragt, außerdem wird auch der Kultusminister Dr. v. Wegner zugezogen sein. Die Teilnahme des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck an der Feier steht in Aussicht.

\* Ein spanischer Anmarsch. Der König in Spanien begab sich am gestrigen Mittwoch nach der Parade in San Juan

das Kasino des 5. Feldartillerie-Regiments zum Frühstück. Die Adresse nach München erfolgte um 11 Uhr 15 Min. — Die Kroatier von Spanien für Mittwoch vormittag mittels Automobil nach Regensburg. Nachmittags machte sie einen Ausflug nach Bad Steinhilber.

\* Das deutsche ostasiatische Abteilungsamt in Stärke von 7 Offizieren und 65 Mann ist Mittwoch nachmittag in Ostasien angekommen. Major Schimmel vom Kriegsmilitärministerium empfing das Kommando. Die Truppen werden nach dem Truppenübungsplatz Kreis beordert, wo die Entlassung der Mannschaften erfolgt.

\* In der Sitzung der Wahlrechtskommission im Reichstag Schaffen am Mittwoch, der von seiten der Regierung Geheimrat Heint bewoonte, gab der konservativste Abgeordnete Dr. Schanz folgende Erklärung ab: „Obgleich bei Beratung der Wahlrechtsreform in der konstitutionellen Kommission eine partei. Stimmung für den Vorschlag des Abgeordneten v. Bismarck eingeleitet wurde, hat sich die Kommission doch entschlossen — um die bringende Wahlrechtsreform, deren endliche Entscheidung vom ganzen Lande mit Ungeduld erwartet wird, nach Möglichkeit zu fördern, und um die Entgegenkommen gegen die vom Geheimrat Heint der Deputation unterbreiteten Vorschläge zu beweisen — sich bereit zu erklären, die erwünschten Vorschläge prinzipiell als geeignete Grundzüge für die Wahlrechtsreform zu erklären. Um einzelnen behält sich die Kommission Änderungen vor, die jedoch das Prinzip als solches nicht berühren werden. Abgeordneter Langhammer erklärte namens der nationalliberalen Partei, daß diese hoffe, bis heute, Donnerstag, mittig in der Lage zu sein, eine endgültige Erklärung abzugeben. Er könne aber schon jetzt sagen, daß auch die nationalliberale Partei endlich bereit sei, sich möglichst zu einem gemeinsamen Ziele zu gelangen. Die nächste Sitzung der Deputation findet Freitag vormittag statt.“

### Ausland.

Der russische Minister Jusowski und der Minister des Auswärtigen von Italien, Tomio, sowie Frau Jusowski und der russische Hofmarschall Murawiew sind Mittwoch mittig in Accorona eingetroffen und nach dem königlichen Schloß gefahren. Nach der Tafel wurde Jusowski vom König von Italien empfangen. Um 5 Uhr nachmittags reisten die Minister Tomio und Jusowski und Hofmarschall Murawiew nach Turin ab.

### Wieder eine türkinische Sitzung im böhmischen Landtag.

In der Mittwoch-Sitzung des böhmischen Landtags brachte Dr. Bergel anfangs im Namen der Deutschen einen Protest ein. Er bezog sich auf die Abweisung vom Freitag als unrichtig. Die Sitzung sollte am Mittwoch stattfinden, als unzulässig anzusehen. Die Deutschen konstatierten deshalb, daß sie alles, was in der Sitzung vorgehe, als null und nicht betrachteten. — Abg. Seibla brachte sodann einen Gegenantrag ein. Hierauf folgte die Vereinerung des Einlasses. Nach Beendigung derselben folgte die Erklärung der Versammlung des Landtags, die konstitutionellen Grundrechtsbestimmungen, worin die in der letzten Sitzung erfolgte Abweisung der „Wacht am Rhein“ bedauert und gerechtfertigt wird. Hierauf vertrat sich der Oberlandtagsmarschall-Stellvertreter gegenüber dem Abg. Seibla gegen den Vorwurf der Verletzung der Unparteilichkeit. Abg. Schreiner bekräftigt in einer längeren Rede, welche als höchst wichtig zu betrachten ist, den Kampf gegen den Reichstag und Deutschen nach dem Vorgehen der Türken und betonte, es handle sich bei den Beschwerden der Deutschen nicht um die Abweisung, sondern darum, daß diese nur ein Symptom für die Zurücksetzung der Deutschen auf allen Gebieten sei. Die „Wacht am Rhein“ sei kein höherwertiges Recht, sondern nur ein Vorbehalt auf die türkischen Angelegenheiten gegen ihren Feind. (Stürmischer Widerspruch bei den Türken, lebhafteste Auseinandersetzungen zwischen Türken und Deutschen.) Nach einer Rede von Staudas wurden abermals Anträge gelesen. Abg. Waly verlangte zu einem Antrag namens türkischer Angelegenheiten, was der Oberlandtagsmarschall als unzulässig zurückwies. Verschiedene türkische Kurtritte auf den Seiten der Deutschen. Es wird geäußert, Kompetenz gegeben, gegeben, geübt.) Unter allgemeiner Erregung schloß der Oberlandtagsmarschall die Sitzung und bearaumte die nächste Sitzung für Freitag an.

### Eine neue Wingerbewegung in Frankreich?

Der Apostel der südböhmischen Winger, Marcellin Albert, der bereits als völlig abgetan galt, weil bei der weiteren Entwicklung der Krise in Südböhmen seine Haltung Herrn Clemenceau gegenüber verächtlich erschienen war, macht sich neue von sich reden. Er hat nämlich ein Manifest erlassen, um eine Bewegung gegen das Preisbrücken der Weine herbeizuführen. Die Bewegung, die bereits im Gange ist, beginnt die lebenden Kreise mit neuen Beforderungen zu erfüllen.

\* Türkei. Dem Konstantinopeler Blatte „Abnam“ zufolge hat der Ministerrat beschlossen, daß den 400 bulgarischen Offizieren und Notabeln, welche Adrianopel besuchen werden, ein herzlicher Empfang bereitet werde. — Demselben Blatte zufolge wird der bulgarische Agent G e i s h o w demnächst nach Konstantinopel zurückkehren. In der Angelegenheit G e s h o w wird noch gemeldet, daß der Oberkonsulnarrat G e s h o w demnächst nach Hause, weil in einer Karte der Worte gefaßt wurde, er sei krank, daß G e s h o w an der letzten Kollektivabfertigung teilgenommen habe.

\* Schweden. Die Wahlen der Zweiten Kammer sind beendet. Da bei mehreren Abgeordneten die Parteizugehörigkeit vertrieben angegeben ist, kann die Zusammenkunft der neuen Kammer nicht genau festgestellt werden. Das ungefähre Wahlergebnis ist folgendes: Die Rechte erhält in der neuen Kammer 85 Sitze (bisher 100), die Linke etwa 100 (bisher 90), die Gemäßigten etwa 10 (bisher 20) und die Sozialdemokraten 33 (bisher 17). Insgesamt besteht die Kammer 230 Mitglieder.



**Polische Nachrichten.**

Donnerstag, den 1. Oktober.

**Die Besetzung des Generalstabes.**

Am gestrigen Abend wurde die Besetzung des Generalstabes bekannt gegeben. Der Generalstab des Heeres wird von dem Generalmajor v. Bismarck geleitet. Die Besetzung des Generalstabes ist folgende: Generalmajor v. Bismarck, Generalmajor v. ...

ein. Gewöhnliche Zucker sind außerordentlich knapp, im Deutsches-Wege wurde für Kleinigkeiten bis zu 10 Pf. der Hamburg bezahlt; als dann mehr Angebot herauskam, gingen die Preise auf 9 Pf. 8 d. zurück. ...

W. Die Direktion der Distrikts-Gesellschaft teilt mit: In der Aufsichtsratsung der Distrikts-Gesellschaft am 29. September wurde von den Geschäftsführern die Erneuerung der ...

— Nürnberg, 29. September. (S p l e n e r e i c h t.) Die heutige Landungsbilanz betrug 400 Ballen, die ...

— Hamburg, 30. Sept. ...

— Bremen, 30. September. ...

— Berlin, 30. Sept. ...

**Börsen- und Handelszeit.**

Heute die Lage des Rohzuckermarktes. Während der Woche vom 22. bis 28. September wird der ...

**A. Produkte- und Warenmärkte.**

Getreide, Sämaschinen und Futtermittel. Hamburg, 30. Sept. ...

**B. Tiere und tierische Produkte.**

Schlachtviehmarkt. Berlin, 30. Sept. ...



Die Rubrik in Kursverzeichn gibt die Ziffern an, die wachsende sind. Die Rubrik in Kursverzeichn gibt die Ziffern an, die wachsende sind.

Berliner Börse, 30. Sept. 1908

Währungsnoten: 100 Mk. = 100 Pf. = 100 Sch. = 100 Fr. = 100 L. = 100 R. = 100 D. = 100 G. = 100 S. = 100 T. = 100 U. = 100 V. = 100 W. = 100 X. = 100 Y. = 100 Z.

Main table containing market data for various stocks and bonds, organized into columns with headers like 'Börsen', 'Kurs', 'Werte', etc.

Vertical text on the right edge of the page, possibly a page number or additional notes.